

Niederschrift über die Sitzung des Stadtrates

Sitzungsdatum: Dienstag, den 20.12.2016
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 20:15 Uhr
Ort, Raum: Gaststätte Rheinischer Hof, Burgstr. 54, 49413 Dinklage

Anwesend:

Bürgermeister

Herr Bürgermeister Frank Bittner

Allg. Vertreter des Bürgermeisters

Herr Carl Heinz Putthoff

Ratsvorsitzende/r

Herr Robert Blömer CDU

stellv. Ratsvorsitzende/r

Frau Elisabeth Voet CDU

Ratsmitglied

Frau Claudia Bausen BFD

Amtsleiter

Herr August Blömer

Herr Michael Busch

Herr Alfons Echtermann

Schriftführung

Frau Tina Schwarz

Ratsmitglied

Herr Joseph Behrens CDU

Herr Markus Blömer SPD

Herr Tobias Blömer BFD

Herr Tim Julian Dorniak CDU

Herr Dr. Thomas Gnosa SPD

Herr Daniel Graschtat SPD

Herr Ulrich Heitmann BFD

Herr Florian Hinxlage BFD

Herr Paul Johanning CDU

Frau Sabine Meyer CDU

Frau Claudia Meyer-Blömer Grüne

Frau Nicole Niemeier CDU

Herr Andreas Nordiek CDU

Frau Galina Oldenburger BFD

Frau Tanja Ruhe CDU

Herr August Scheper CDU

Herr Wulf Schwarte CDU

Herr Uwe Stephan CDU

Herr Andreas Windhaus CDU

Herr Matthias Windhaus SPD

ab Top 7

Abwesend:

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung
- 2 Einwohnerfragestunde
- 3 Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Rates der Stadt Dinklage vom 01.11.2016 -öffentlicher Teil-
- 4 Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2015 (FWT vom 06.12.2016, VA vom 12.12.2016)
Vorlage: DS-18-0035
- 5 Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes des Landkreises Vechta über die Prüfung des Jahresabschlusses 2015 der Stadt Dinklage
 - a) Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2015
 - b) Entlastung des Bürgermeisters für die Zeit vom 01.01.2015 bis 31.12.2015 (FWT vom 06.12.2016, VA vom 12.12.2016)Vorlage: DS-18-0037
- 6 Gebührenbedarfsberechnung für die öffentliche Einrichtung Straßenreinigung für das Haushaltsjahr 2017 (FWT vom 08.11.2016, VA vom 21.11.2016)
Vorlage: DS-18-0019
- 7 Antrag der Bürgerinitiative "A1 unter Strom - nicht mit uns!" auf Gewährung eines Zuschusses (FWT vom 08.11.2016, VA vom 21.11.2016)
Vorlage: DS-18-0021
- 8 Antrag der Firma Event-Cocktails Dinklage auf Gewährung eines Zuschusses für die Kirmesveranstaltungen in den Jahren 2017 und 2018 (FWT vom 06.12.2016, VA vom 12.12.2016)
Vorlage: DS-18-0038
- 9 Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen im Haushaltsjahr 2016 (FWT vom 08.11.2016, VA vom 21.11.2016)
Vorlage: DS-18-0022
- 10 Beratung über die Haushaltssitzung und über den Haushaltsplan der Stadt Dinklage für das Haushaltsjahr 2017 (FWT vom 06.12.2016, VA vom 12.12.2016)
- 11 Beratung über das Investitionsprogramm der Stadt Dinklage für die Jahre 2016 - 2020

(FWT vom 06.12.2016, VA vom 12.12.2016)

- 12** Neuordnung der Umsatzbesteuerung nach § 2b Umsatzsteuergesetz
(FWT vom 08.11.2016, VA vom 12.12.2016)
Vorlage: DS-18-0020
- 13** Berufung des Stadtbrandmeisters und des stellvertretenden Stadtbrandmeisters in das Beamtenverhältnis als Ehrenbeamter
(VA vom 21.11.2016)
Vorlage: DS-18-0033
- 14** Anfragen zu Ausschussprotokollen -öffentliche Teile- ; FWT vom 08.11.2016, BUS vom 15.11.2016, FWT vom 06.12.2016
- 15** Mitteilungen des Bürgermeisters über kommunalpolitische Angelegenheiten
- 16** Anfragen und Anregungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung

Ratsvorsitzender R. Blömer eröffnet die Sitzung um 17:00 Uhr und begrüßt die Mitglieder des Rates, die Vertreter der Verwaltung, die Vertreterin der Presse sowie die anwesenden Zuhörer.

Ratsvorsitzender R. Blömer stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Beschlussfähigkeit sowie die Tagesordnung fest.

Im Anschluss übergibt Ratsvorsitzender R. Blömer das Wort an Herrn Bürgermeister Bittner.

Auf Grund des Anschlages vom 19.12.2016 in Berlin bittet Bürgermeister Bittner um eine Schweigeminute.

zu 2 Einwohnerfragestunde

Ratsvorsitzender R. Blömer eröffnet die Einwohnerfragestunde.

Er informiert die anwesenden Zuhörerinnen und Zuhörer darüber, dass sie nunmehr Fragen an den Bürgermeister stellen können.

Es werden keine Fragen gestellt.

Ratsvorsitzender R. Blömer schließt die Einwohnerfragestunde.

zu 3 Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Rates der Stadt Dinklage vom 01.11.2016 -öffentlicher Teil-

Bürgermeister Bittner weist darauf hin, dass im Protokoll des Rates vom 01.11.2016 die Tagesordnungspunkte 9 und 12 korrigiert werden müssen.

Unter Top 9 „Wahl der stellvertretenden Bürgermeister aus den Beigeordneten und ggf. Bestimmung der Reihenfolge der Vertretung“ wird von Mitglied A. Windhaus nicht Mitglied A. Blömer sondern Mitglied A. Scheper als zweiten stellv. Bürgermeister vorgeschlagen.

Unter Top 12 „Besetzung unbesoldeter Stellen in den nachstehenden Institutionen: j) Niedersächsischer Städte- und Gemeindebund Hannover“ ist die Regelung wie folgt:

Stellvertreter: August Scheper
Stellv. Stellvertreter: Sabine Meyer

Beschluss:

Das Protokoll über die Sitzung des Rates der Stadt Dinklage vom 01.11.2016 –öffentlicher Teil- wird unter Berücksichtigung der Änderungen zu Top 9 und Top 12 genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**zu 4 Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2015
(FWT vom 06.12.2016, VA vom 12.12.2016)
Vorlage: DS-18-0035**

Stadtkämmerer Putthoff erläutert anhand der Drucksache DS-18-0035 die zu genehmigen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2015 ausführlich.

Beschluss:

Die in der Anlage zur Sitzungsvorlage aufgeführten noch zu genehmigenden über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen werden genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**zu 5 Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes des Landkreises Vechta
über die Prüfung des Jahresabschlusses 2015 der Stadt Dinklage
a) Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2015
b) Entlastung des Bürgermeisters für die Zeit vom 01.01. 2015 bis
31.12.2015
(FWT vom 06.12.2016, VA vom 12.12.2016)
Vorlage: DS-18-0037**

Stadtkämmerer Putthoff verweist auf die Sitzungsvorlage DS-18-0037.

Der Jahresabschluss 2015 sei allen Ratsmitgliedern zugegangen. Er schließe mit einem ordentlichen Jahresergebnis in Höhe von 2.549.768,16 Euro ab. Der Haushaltsplan 2015 habe in der Ergebnisplanung einen ordentlichen Überschuss von 818.600 Euro ausgewiesen. Mit

der Auflösung der Rückstellung für ungewisse Verbindlichkeiten im Rahmen des Finanzausgleichs in Höhe von 2.151.094,30 Euro sei das ordentliche Jahresergebnis maßgeblich verbessert worden. Ohne die Auflösung dieser Rückstellung wäre nur ein ordentlicher Überschuss von 398.673,76 Euro erzielt worden, welches somit unter dem Haushaltsansatz liege. Grund hierfür seien hauptsächlich die hinter den Erwartungen gebliebenen Gewerbesteuer-einnahmen (Plan: 5.800.000,00 Euro; Ist: 4.871.949,74 Euro).

Im außerordentlichen Ergebnis führten außerordentliche Erträge in Höhe von 1.100.933,85 Euro (insbesondere aus der Veräußerung von Grundstücken über dem Buchwert) zu einem Überschuss. Die außerordentlichen Aufwendungen betragen 62.097,75 Euro, so dass sich das außerordentliche Ergebnis auf 1.038.836,10 Euro belief.

Das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Vechta habe den Jahresabschluss 2015 geprüft. Der Prüfbericht ist allen Ratsmitgliedern zugegangen. Zu den dort aufgeführten Bemerkungen müsste der Bürgermeister Stellung nehmen. Diese Stellungnahme erläutert Stadtkämmerer Putthoff ausführlich.

Für die Abstimmung b) verlässt Bürgermeister Bittner den Raum. Auf Antrag von Mitglied Meyer ergeht folgender Beschluss.

Beschluss:

- a) Der Jahresabschluss 2015 der Stadt Dinklage wird beschlossen. Der Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes und die Stellungnahme des Bürgermeisters zu diesem Bericht lag dem Rat vor.

Der sich aus der Ergebnisrechnung der Stadt Dinklage ergebene ordentliche Überschuss in Höhe von 2.549.768,16 € wird der "Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses" zugeführt.

Der sich aus der Ergebnisrechnung der Stadt Dinklage ergebene außerordentliche Überschuss in Höhe von 1.038.836,10 € wird der "Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses" zugeführt.

- b) Dem Bürgermeister wird für die Zeit vom 01.01.2015 bis 31.12.2015 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis: a) einstimmig b) einstimmig

Die Abstimmung b) fand ohne Anwesenheit von Herrn Bürgermeister Bittner statt.

zu 6 Gebührenbedarfsberechnung für die öffentliche Einrichtung Straßenreinigung für das Haushaltsjahr 2017 (FWT vom 08.11.2016, VA vom 21.11.2016) Vorlage: DS-18-0019

Stadtkämmerer Putthoff trägt anhand der Drucksache DS-18-0019 vor.

Beschluss:

Die Gebühr für die Straßenreinigung wird - wie bisher - auf 0,85 € je Frontmeter festgesetzt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**zu 7 Antrag der Bürgerinitiative "A1 unter Strom - nicht mit uns!" auf Gewährung eines Zuschusses
(FWT vom 08.11.2016, VA vom 21.11.2016)
Vorlage: DS-18-0021**

Bürgermeister Bittner stellt anhand der Drucksache DS-18-0021 vor.

Er führt aus, dass die Bürgerinitiative „A1 unter Strom- nicht mit uns!“ einen Zuschuss in Höhe von 5.000,00 Euro beantragt habe. Die Auslagen begründen sich insbesondere in dem Entwurf von Flyern und Plakaten. Weiter habe die Bürgerinitiative eine Informationsveranstaltung ausgerichtet. Ein Schreiben der Bürgerinitiative liegt der Drucksache bei.

Mitglied M. Windhaus merkt an, dass der „üppige“ Zuschuss auch für weitere Maßnahmen eingesetzt werden solle.

Mitglied Bausen fügt hinzu, dass sie sich im Vorfeld eine bessere Absprache über die Höhe des Zuschusses gewünscht hätte. Die Ausgaben sind entsprechend zu belegen und zu prüfen.

Bürgermeister Bittner merkt an, dass mit Herrn Taphorn (Bürgerinitiative) abgesprochen wurde, einen Nachweis der Ausgaben vorzulegen.

Mitglied Dr. Gnosa führt aus, dass sich nach seinem Kenntnisstand die bisherigen Kosten auf ca. 2.000,00 Euro belaufen. Weiter stehe am 23.12.2016 ein Termin der gegründeten Bürgerinitiativen bei Herrn Landrat Winkel an.

Mitglied Schwarte merkt an, dass auch darauf geachtet werden solle, dass der Verlauf der Stromtrasse soweit wie möglich die Außenbereiche nicht berühre.

Bürgermeister Bittner sowie Ratsvorsitzender R. Blömer bedanken sich bei der Bürgerinitiative für ihr Engagement.

Beschluss:

Dem Antrag der Bürgerinitiative "A1 unter Strom - nicht mit uns!" auf Gewährung eines einmaligen Zuschusses in Höhe von 5.000,00 € für bereits erfolgte und noch ausstehende Auslagen wird entsprochen. Ein Nachweis über die Verwendung der Mittel ist der Verwaltung vorzulegen. Die Mittel werden als überplanmäßige Aufwendungen genehmigt.

Abstimmungsergebnis: Stimmenmehrheit bei 1 Enthaltung

**zu 8 Antrag der Firma Event-Cocktails Dinklage auf Gewährung eines Zuschusses für die Kirmesveranstaltungen in den Jahren 2017 und 2018
(FWT vom 06.12.2016, VA vom 12.12.2016)
Vorlage: DS-18-0038**

Bürgermeister Bittner trägt anhand der Drucksache DS-18-0038 vor.

Mitglied M. Windhaus merkt an, dass er einen allgemeinen Zuschuss nicht passend finde und formuliert folgenden Beschlussvorschlag:

1. Die Stadt Dinklage übernimmt die Kosten des Sicherheitsdienstes und die GEMA-Gebühren von insgesamt 1.000,00 Euro.
2. Auf die Erhebung eines Standgeldes in Höhe von 1.700,00 Euro wird verzichtet.
3. Es können max. 1.500,00 Euro als Dienstleistungen der Stadt Dinklage in Rechnung gestellt werden.

Weiter gibt Mitglied M. Windhaus zu bedenken, ob die Kirmes in den nächsten Jahren mit solch einem Aufwand betrieben werden müsse.

Mitglied M. Windhaus spricht sich dennoch für die Unterstützung von Dinklager Unternehmen aus.

Mitglied Hinlage führt aus, dass ein allgemeiner Zuschuss nicht angebracht sei. Weiter führt er aus, dass dies eine Wettbewerbsverzerrung sei und schlägt eine erneute Ausschreibung vor.

Mitglied Bausen schließt sich den Ausführungen von Herrn Hinlage an und fügt hinzu, dass die Forderungen von Herrn Berelsmann 2018 nicht weiter steigen dürfen.

Mitglied Meyer spricht sich für eine Unterstützung seitens der Verwaltung in den nächsten 2 Jahren aus. Sie gibt zu bedenken, dass bei einer öffentlichen Ausschreibung Bewerber den Zuschlag erhalten, die letztendlich nicht gewünscht seien. Als negatives Beispiel sei die Ausschreibung Stoppelmarkt zu erwähnen.

Mitglied Behrens spricht sich für die Unterstützung von Herrn Berelsmann aus. Er merkt an, dass bei einer neuen Ausschreibung das Angebot von Herrn Berelsmann zurückgezogen werden könne.

Nach ausführlicher Diskussion ergeht folgender Beschluss.

Beschluss:

Dem Antrag der Firma Event-Cocktails für die Ausrichtung der beiden Kirmesveranstaltungen in den Jahren 2017 und 2018 wird jährlich wie folgt entsprochen:

1. Die Stadt übernimmt die Kosten des Sicherheitsdienstes und die GEMA-Gebühren von insgesamt 1.000,00 Euro
2. Auf die Erhebung eines Standgeldes in Höhe von 1.700,00 Euro wird verzichtet.
3. Die Stadt beteiligt sich an den Kosten für in Anspruch genommene Leistungen (Zelt, technische Anlagen etc. für Empfang, nachmittägliche Veranstaltungen o.ä.) durch die Bereitstellung von finanziellen Mitteln in Höhe von 1.500,00 Euro.

Abstimmungsergebnis: Stimmenmehrheit bei 5 Gegenstimmen

zu 9 Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Aus-

**zahlungen im Haushaltsjahr 2016
(FWT vom 08.11.2016, VA vom 21.11.2016)
Vorlage: DS-18-0022**

Stadtkämmerer Putthoff stellt den Sachverhalt anhand der Drucksache DS-18-0022 dar.

Beschluss:

Die über -und außerplanmäßigen Auszahlungen für

1. Anschaffung Fahrzeug City-Mobil und
2. Investitionszuschuss für die Einrichtung einer Großtagespflegestelle an der Burgstraße

werden genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**zu 10 Beratung über die Haushaltssitzung und über den Haushaltsplan der Stadt
Dinklage für das Haushaltsjahr 2017
(FWT vom 06.12.2016, VA vom 12.12.2016)**

Ratsvorsitzender R. Blömer übergibt den Vorsitz an Frau Voet.

Bürgermeister Bittner bedankt sich bei Frau Nuxoll und Herrn Putthoff für die geleistete Arbeit.

Weiter geht Bürgermeister Bittner auf den Haushalt 2017 ein.

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2017 zeigt, dass die Stadt Dinklage in der Lage ist, den Ressourcenverbrauch auszugleichen und im Ergebnisplan einen Überschuss in Höhe von 1.175.400,00 Euro zu erwirtschaften.

Sämtliche Ertrags- und Aufwandspositionen wurden im Rahmen der internen Haushaltsplanvorbereitung mit Nachdruck auf den Prüfstand gestellt. Mehrerträge und Minderaufwendungen sind aus Sicht der Verwaltung nicht weiter für 2017 zu realisieren.

Ursächlich für diese positive Entwicklung seien die Erträge aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und der Umsatzsteuer sowie die Schlüsselzuweisungen des Landes.

Die negative Entwicklung der Steuereinnahmen 2015/2016, insbesondere bei der Gewerbesteuer, führten zu einer Senkung der Steuerkraft um 2,05 % gegenüber dem Berechnungszeitraum des Vorjahres, was sich finanziell positiv auf die Einnahmen aus dem Finanzausgleich auswirkt. Für 2017 werden Schlüsselzuweisungen in Höhe von 1.995.000,00 Euro und Zuweisungen für Auftragsangelegenheiten in Höhe von 249.500,00 Euro erwartet.

Darüber hinaus ist eine Kreisumlage in Höhe von 4.866.000,00 Euro zu zahlen. Bei der Ermittlung der Kreisumlage wurde von einem Hebesatz von 40 Punkte ausgegangen; das bedeutet pro Punkt 121.650,00 Euro an Aufwendungen.

Die Gewerbesteuererträge wurden mit 4.500,00,00 Euro eingeplant. Da sich das derzeitige Anordnungssoll auf rd. 3,8 Mio. Euro beläuft und das Wirtschaftswachstum für 2016 zwischen

1,3 % und 1,7 % prognostiziert wird, ist die Festsetzung des Ansatzes in dieser Größenordnung gerechtfertigt.

Die wesentlichen Aufwendungen sind die Personalkosten in Höhe von 3.300.400,00 Euro (ohne Pensionsrückstellungen). Insgesamt wurden die Personalkosten um 2,40 % gegenüber dem Vorjahr erhöht.

Die Gewerbesteuerumlage wurde mit 895.000,00 Euro eingeplant. Umgerechnet sind 19,8 % der Gewerbesteuereinnahmen als Umlage zu zahlen. Die Gewerbesteuerumlage – zurzeit 68 Punkte – wird alljährlich neu festgesetzt.

Die Zuweisungen für Kindergärten und Kindergruppen belaufen sich auf 1.790.000,00 Euro. Das bedeutet eine Steigerung der Zuschüsse gegenüber dem Vorjahr von 155.000,00 Euro. Der Landkreis Vechta beteiligt sich an den Betriebskosten mit umgerechnet 440.000,00 Euro.

Ein besonderes Augenmerk ist auch auf die Abschreibungen zu legen, mit denen sich die Investitionsplanung im Ergebnishaushalt widerspiegelt. Es zeigt sich deutlich, dass durch das Investitionsvolumen und die daraus resultierenden Abschreibungsbeträge der Aufwand im Ergebnishaushalt immer höher und der Haushaltsausgleich dadurch erschwert werden.

Unabhängig von der sorgfältigen Überprüfung aller Ansätze im konsumtiven Bereich spielt damit eine langfristig ausgerichtete Investitionsplanung eine entscheidende Rolle für die Sicherstellung der finanziellen Leistungsfähigkeit.

Im Finanzhaushalt ist der Gesamtbetrag der Einzahlungen für Investitionstätigkeit auf 2.286.800,00 Euro und der Gesamtbetrag der Auszahlungen für Investitionstätigkeit auf 4.800.900,00 Euro festgesetzt. Wesentliche Investitionsmaßnahmen sind:

1. Sanierung des Hallenbades 450.000,00 Euro
2. Sanierung der Kardinal-von-Galen Schule 1.400.000,00 Euro
3. Erschließung von Wohn- und Gewerbeflächen 1.600.000,00 Euro
4. Ausgleich- und Ersatzflächen 120.000,00 Euro
5. Neubau Kinderkrippe 230.000,00 Euro
6. Digitale Alarmierung und Ersatzfahrzeug Feuerwehr 98.000,00 Euro
7. Kosten der Regenrückhaltung 125.000,00 Euro

Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen werden in Höhe von 1.700.000,00 Euro veranschlagt.

Die Tilgungsleistungen (nur ordentliche Tilgungen) belaufen sich auf 755.200,00 Euro, so dass Ende 2017 ein Schuldenstand von 12.909.595,00 Euro zu erwarten ist. Basierend auf die Einwohnerzahl zum 30.06.2016 (13.030 Einwohner geschätzt) bedeutet dies eine Pro-Kopf-Verschuldung von rd. 991,00 Euro.

Im Ergebnis ist festzuhalten, dass die finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Stadt Dinklage weiterhin angespannt bleiben. Um die Prognose der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung jedoch erfüllen zu können, muss die Stadt ihren Haushalt weiterhin sparsam und wirtschaftlich führen. Dazu gehören genauso Maßnahmen zur Ertragsverbesserung als auch Maßnahmen zur Aufwandsreduzierung.

Weiter merkt Bürgermeister Bittner an, dass die Personalhoheit weiter beim Bürgermeister liegen würde.

A. Windhaus bedankt sich ebenfalls bei Herrn Putthoff und seinem Team.

Weiter weist Mitglied A. Windhaus auf den Einbruch der Gewerbesteuereinnahmen hin. Der geplante Ansatz von 4,5 Mio. für das Jahr 2017 sei nach Ansicht der CDU-Fraktion gerechtfertigt.

Hinsichtlich der Steueranpassung führt er aus, dass die CDU-Fraktion der vorgeschlagenen Anpassung der Hebesätze an die Nivellierungssätze zustimmen wird. In den letzten 5 Jahren sei keine Steuererhöhung erfolgt, letztmalig zum 01.01.2012.

Aufgrund der Entwicklung der Gewerbesteuer in den letzten Jahren (von 7 Mio. € auf unter 4 Mio. €) und den bereits getätigten und zukünftig erforderlichen größeren Investitionen (u. a. Sanierung der Grundschule Kardinal-von-Galen, Sanierung des Hallenbades, Bau eines Kindergartens, Sanierung des Freibades) komme die Stadt Dinklage nicht umhin, die Hebesätze den Nivellierungssätzen anzupassen.

Bezüglich des Rathausneubaus trage die CDU-Fraktion eine Veranschlagung von Haushaltsmitteln für einen städtebaulichen Wettbewerb (70.000 €) nicht mit. Sicherlich seien die vorhandenen Räumlichkeiten mit den drei Standorten nicht optimal; die Einplanung dieser Mittel würde jedoch nach außen ein falsches Signal senden. Bei einem voraussichtlichen Schuldenstand zum Ende des Jahres 2017 in Höhe von rd. 13 Mio. € sei eine Realisierung eines neuen Rathauses durch die Stadt Dinklage als Bauherr unrealistisch. Die Mehreinnahmen durch die Erhöhung der Steuersätze (ca. 300.000 €) sollten nach Ansicht der CDU-Fraktion sinnvoller eingesetzt werden.

Für einen Ehrenamtsbeauftragten sollen nach Wünschen der CDU-Fraktion Mittel in Höhe von 2.800 € in den Haushalt 2017 eingestellt werden.

Zur Entlastung des Bauamtes sollte ferner im kommenden Jahr eine Person auf 450-€-Basis eingestellt werden.

Bezüglich der Bauleitplanung erklärt er, dass nach Ansicht der CDU-Fraktion diese vornehmlich durch das vorhandene Personal erstellt werden sollten. Ziel müsse es sein, die externen Kosten zu reduzieren.

Abschließend weist Mitglied A. Windhaus auf den hohen Schuldenstand der Stadt Dinklage hin. Auch wenn das Zinsniveau zurzeit niedrig sei, müsse es Ziel der Stadt Dinklage sein, die Schulden zurückzuführen.

Mitglied A. Windhaus bittet um Berücksichtigung der Vorschläge und weist daraufhin, dass die Anträge der CDU-Fraktion bereits vorliegen.

Seitens des Bürgerforums Dinklage bedankt sich Mitglied Heitmann zunächst bei Frau Nuxoll und Herrn Putthoff für die Erstellung des Haushaltsplanes und der Unterrichtung in der Fraktion.

Weiter weist Mitglied Heitmann daraufhin, dass die CDU 2009 medienwirksam verkündete habe, dass es konkretes Ziel sein müsse, den Schuldenstand auf unter 10 Mio. Euro zu senken.

Den Anforderungen der CDU für einen Inklusionsbeauftragten könne das Bürgerforum nicht nachvollziehen, da das Aktionsbündnis Dinklusive eigene hauptamtliche Stellen einrichten will. Besser sei es gewesen, diese Stelle, in die Arbeit des Rates/ der Ausschüsse mit einzubinden.

Auch sei das Bürgerforum mit einer Bauaufsicht zur Entlastung des Bauamtes nicht einverstanden. Das Bauamt müsse personell in der Lage sein, die anstehenden Aufgaben zu bewältigen.

Weiter könne das Bürgerforum nicht nachvollziehen, warum die Mittel für einen Ehrenamtsbeauftragten im Haushalt unter der Sportförderung eingeplant werden.

Positiv wird seitens des Bürgerforums die Absenkung der Kreisumlage um 2 Punkte gesehen.

Sorgen hingegen bereitet dem Bürgerforum die weiterhin fallenden Gewerbesteuererinnahmen. Hier solle unbedingt gegen gesteuert werden.

Zum Schluss merkt Mitglied Heitmann an, dass die Ansiedlung neuer Betriebe sehr positiv gesehen werde und bedankt sich bei Herrn Bürgermeister Bittner für sein Engagement. Zu den Tauschgeschäften im Verhältnis 1:3 führt Mitglied Heitmann aus, dass diese Vorgehensweise nicht weiter toleriert werden könne.

Investitionen wie u.a. Kindergarten oder Rathausbau werden den Haushalt der Stadt Dinklage weiter stark belasten, auch wenn diese Investitionen teilweise unverzichtbar seien.

M. Windhaus bedankt sich zunächst bei Herrn Putthoff sowie bei Frau Nuxoll.

Weiter führt er aus, dass die SPD Fraktion, den Haushaltsentwurf grundsätzlich zustimmt. Positiv zu bewerten sei vor allem der Überschuss im Ergebnishaushalt.

Den Erträgen in Höhe von 18,8 Mio. Euro stehen Aufwendungen in Höhe von 17,6 Mio. Euro gegenüber. Infolge höherer Landeszuweisungen und höheren Erträgen bei der Einkommenssteuer konnten beide Einnahmequellen zunehmend in den letzten Jahren an Bedeutung gewinnen.

Die Gewerbeförderung bleibt aus Sicht der SPD weiterhin notwendig. Daher wurden bereits in der Vergangenheit entsprechende Anträge zur Erarbeitung eines Wirtschaftsförderkonzeptes der Verwaltung vorgelegt.

Positiv sei auch die Absenkung der Kreisumlage um 2 Punkte zu sehen. Eine weitere Senkung der Kreisumlage sei aufgrund der finanziellen Situation des Landkreises durchaus denkbar.

Im Finanzhaushalt stehen den Einzahlungen in Höhe von 21,7 Mio. Euro Auszahlungen in Höhe von 21,4 Mio. Euro gegenüber. Die Einzahlungen beinhalten eine Kreditaufnahme von 1.700.000 Euro. Die Netto-Neuverschuldung beläuft sich auf umgerechnet 945.000 Euro.

Die SPD befürwortet weiterhin die Übertragung kommunaler Aufgaben an Dritte, auch weil diese von den privaten Unternehmen besser und zum Teil auch günstiger erledigt werden können.

Mit Erstellung der Richtlinie für die Jugendförderung in den Vereinen muss es aus Sicht der SPD das Ziel sein, den Stadtjugendring neu zu beleben.

Das Netto-Defizit für die Flüchtlingsbetreuung beträgt im Haushaltsplan 2017 ca. 43.000 Euro. Die Kosten können nicht zu Lasten der Stadt Dinklage gehen, da letztendlich die Zuständigkeit beim Landkreis Vechta liege.

Mitglied M. Windhaus führt aus, dass die von der CDU geforderten Anträge (Inklusionsbeauftragten, Bauaufsicht) von der SPD abgelehnt wurden.

Die Ablehnung begründet Mitglied M. Windhaus wie folgt:

Zum 01.01. wird eine hauptamtliche Stelle mit Fördermitteln der Aktion Mensch geschaffen. Auf Grund der Zusammenarbeit bei dem Verein Dinklusiv, dem Kardinal-von-Galen-Haus, der St. Anna Stiftung und der Stadt Dinklage sollte diese Stelle unterstützt werden.

Die SPD spricht sich dafür aus, Kompetenzen zu bündeln und Doppelstrukturen, die kontraproduktiv wirken, zu verhindern. Den Antrag der SPD, diese hauptamtliche Stelle in die politische Ratsarbeit einzubinden, hat die CDU in der letzten Ratssitzung abgelehnt.

Gleiches gilt für die Schaffung einer Stelle für Bauaufsicht auf 450 €-Basis. Die fachliche Kompetenz liegt beim Bauamt. Hier arbeiten Ingenieure, Architekten und Techniker, die auf Bauleitung spezialisiert sind. Man sollte aus Sicht der SPD die Zuständigkeiten genau klären und definieren und nicht durch zusätzliche Bauaufsichten Doppelstrukturen schaffen.

Zustimmung findet der Antrag auf Bereitstellung der finanziellen Mittel für einen Ehrenamtsbeauftragten.

Mitglied M. Windhaus stellt den Ergänzungsantrag, die Mittel für den Behindertenbeauftragten sowie für die Bauaufsicht zu streichen.

Abstimmungsergebnis: 10 Ja Stimmen, 14 Nein Stimmen
Der Antrag von Herrn M. Windhaus wird abgelehnt.

Seitens der CDU trägt Mitglied R. Blömer zum Thema Inklusionsbeauftragter (Behindertenbeauftragter) vor.

Die CDU Fraktion fordert im Haushalt u.a. eine Stelle für einen Behindertenbeauftragten auf geringfügiger Basis also mit einer monatlichen Aufwandsentschädigung. Diese Stelle ist nicht Vollzeit und sie ist der Verwaltung zugordnet. Sie ist vergleichbar mit der Stelle der Seniorberater oder des Aussiedlerbeauftragten. Der Behindertenbeauftragte der Stadt Dinklage vertritt die Interessen von Menschen mit Behinderungen und hat die Aufgabe, Themen und Bedürfnisse behinderter Menschen in Rat und Verwaltung hineinzutragen, um das Bewusstsein für diese Themen zu vertiefen. Er macht Missstände öffentlich und hat eine vermittelnde Rolle bei internen und externen Problemlösungen. Der Behindertenbeauftragte ist Ansprechpartner für die täglichen Belange behinderter Menschen. Er berät die Beschlussgremien sowie die Verwaltung. Er wirkt bei baulichen Planungen im öffentlichen Raum mit. Die Stelle ersetzt nicht die neu zu schaffende Stelle der Aktion Mensch im Kardinal-von-Galen-Haus! Sie hat nicht die gleiche Intention wie Dinklusiv, es sind zwei sehr unterschiedliche Aufgabenbereiche! Das Projekt „Dinklusiv“ hat sich zum Ziel gesetzt, nachhaltig wirkende Sport- und Freizeitangebote für Menschen mit Behinderungen in örtlichen Vereinen und Verbänden und sozialen Netzwerken barrierefrei zu initiieren und zu begleiten.

Mitglied Scheper bittet um Klarstellung der Aussagen von Herrn Heitmann.

So habe die CDU lediglich angeregt, eine Senkung der Schulden voranzutreiben. Weiter sei die Steuererhöhung keine Forderung der CDU. Die Mehrheitsfraktion folgt lediglich dem Vorschlag der Verwaltung.

Mitglied Meyer-Blömer bedankt sich bei Herrn R. Blömer für die ausführliche Darstellung des Behindertenbeauftragten.

Mitglied Meyer führt aus, dass die Investitionsentscheidungen in den letzten Jahren immer einstimmig beschlossen wurden und merkt an, dass nicht mit einer „Kostenexplosion“ bezüglich der Sanierung des Hallenbandes gerechnet wurde. Unter diesen Gesichtspunkt sei der europaweite Architektenwettbewerb für ein neues Rathaus zunächst zurückgestellt worden.

Nach einer ausführlichen Diskussion ergeht folgender Beschluss.

Stellv. Ratsmitglied Voet übergibt den Vorsitz zurück an Herrn R. Blömer.

Beschluss:

Die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017 und Haushaltsplan mit Anlagen einschließlich Stellenplan werden – wie vorgelegt - genehmigt.

Abstimmungsergebnis: Stimmenmehrheit bei 2 Enthaltungen und 7 Gegenstimmen

zu 11 Beratung über das Investitionsprogramm der Stadt Dinklage für die Jahre 2016 - 2020 (FWT vom 06.12.2016, VA vom 12.12.2016)

Stadtkämmerer Putthoff verweist auf die Seite 194 ff. des Haushaltsplanes 2017 der Stadt Dinklage. Er merkt an, dass auf Seite 195 im Teilhaushalt 3 für den Erwerb von Grundstücksflächen für Gewerbeansiedlungen 700.000,00 Euro (bisher 0,00 Euro) und auf Seite 196 im Teilhaushalt 4 für die Kostenbeteiligung Regenrückhaltung OOWV 125.000,00 Euro (bisher 120.000,00 Euro) eingeplant seien.

Die Änderungen seien aber bereits im SAP-System erfasst; es handelt sich lediglich um einen Druckfehler.

Weiter führt Stadtkämmerer Putthoff aus, dass das Investitionsprogramm ausführlich in dem Ausschuss für Finanzen, Wirtschaftsförderung und Tourismus und im Verwaltungsausschuss vorgestellt wurde.

Danach sei das Investitionsprogramm lediglich richtungsweisend und nicht verbindlich.

Mitglied M. Windhaus merkt an, dass Entwicklungspläne und Richtlinien für die Schulen aufgestellt werden sollten. Investive Maßnahmen wie Whiteboard usw. sollten dadurch finanziert werden. Medienentwicklungspläne sollten aufgestellt werden um an Fördermittel teilzuhaben. Mitglied M. Windhaus bittet darum, dieses Thema in einer der nächsten HVB- Runde mitaufzunehmen.

Beschluss:

Das Investitionsprogramm für die Jahre 2016 - 2020 wird in der vorgelegten Form – einschließlich der versehentlich nicht aufgeführten Mittel in Höhe von 700.000,00 Euro für den

Erwerb von Grundstücken für Gewerbeansiedlung und weitere 5.000,00 Euro (bisher 120.000,00 Euro) für die Kostenbeteiligung Regenrückhaltung OOWV in 2017 – angenommen.

Abstimmungsergebnis: Stimmenmehrheit bei 1 Enthaltung

**zu 12 Neuordnung der Umsatzbesteuerung nach § 2b Umsatzsteuergesetz
(FWT vom 08.11.2016, VA vom 12.12.2016)
Vorlage: DS-18-0020**

Stadtkämmerer Putthoff trägt anhand der Drucksache DS-18-0020 vor.

Zusammenfassend führt er aus, dass nach der derzeitigen Rechtslage die Stadt Dinklage nur im Rahmen ihrer Betriebe gewerblicher Art (BgA) sowie ihrer land- und forstwirtschaftlichen Betriebe unternehmerisch tätig werden darf. Zurzeit sei beabsichtigt, das Frei- und Haltenbad als ein BgA anzumelden.

Die zukünftige Rechtslage (spätestens ab 01.01.2021) stuft sämtliche auf privatrechtlicher Grundlage ausgeübten Tätigkeiten einer Stadt als unternehmerisch und damit umsatzsteuerpflichtig ein. Hierzu zähle auch die Vermögensverwaltung wie Vermietung und Verpachtung. Bislang seien hoheitliche Tätigkeiten dem nichtunternehmerischen Bereich zugeordnet worden; dieses ändere sich. Hier erfolge eine Differenzierung, ob die hoheitlichen Tätigkeiten (Tätigkeiten im Rahmen öffentlicher Gewalt) zu einer größeren Wettbewerbsverzerrung führen. Ist diesem so, werde diese Tätigkeit dem unternehmerischen Bereich zugeordnet und sei umsatzsteuerpflichtig.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt folgende Vorgehensweise:

- a) Beibehaltung der alten Rechtslage gemäß § 2 Absatz 3 UStG bis zum 31. Dezember 2020
- b) Schriftliche Erklärung der Stadt Dinklage gegenüber dem Finanzamt Vechta bis spätestens zum 31. Dezember 2016, dass die Option „weitere Anwendung der alten Rechtslage nach § 2 Absatz 3 UStG“ für die gesamte juristische Person des öffentlichen Rechts (d.h. für den gesamten Haushalt) ausgeübt wird.
- c) Sollten sich im Optionszeitraum bis 2021 im Rahmen der Überprüfung Geschäftsvorfälle und Sachverhalte ergeben, die in der Summe betrachtet aus städtischer Sicht zu steuerlichen Vorteilen führen, soll die Optionserklärung widerrufen werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**zu 13 Berufung des Stadtbrandmeisters und des stellvertretenden Stadtbrandmeisters in das Beamtenverhältnis als Ehrenbeamter
(VA vom 21.11.2016)**

Vorlage: DS-18-0033

Bürgermeister Bittner führt anhand der Drucksache DS-18-0033 aus.

Beschluss:

- a) Herr Stadtbrandmeister Alfred Dinkelmann, Hugenkotten 18, 49413 Dinklage, wird zum 01.01.2017 erneut für die Dauer von sechs Jahren zum Stadtbrandmeister ernannt und in das Beamtenverhältnis als Ehrenbeamter berufen.
- b) Herr stellvertretender Stadtbrandmeister Peter Nickel, Glatzer Straße 7, 49413 Dinklage, wird zum 01.01.2017 erneut für die Dauer von sechs Jahren zum stellvertretenden Stadtbrandmeister ernannt und in das Beamtenverhältnis als Ehrenbeamter berufen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

zu 14 Anfragen zu Ausschussprotokollen -öffentliche Teile- ; FWT vom 08.11.2016, BUS vom 15.11.2016, FWT vom 06.12.2016

Es liegen keine Anfragen zu den Ausschussprotokollen – öffentliche Teile-; FWT vom 08.11.2016, BUS vom 15.11.2016 und FWT vom 06.12.2016 vor.

zu 15 Mitteilungen des Bürgermeisters über kommunalpolitische Angelegenheiten

Bürgermeister Bittner teilt mit, dass keine Umwandlung an den Dinklager Grundschulen erfolgt. Bei der Umfrage wurden 263 Stimmen abgegeben, davon lediglich 14 / 16 Gegenstimmen. Es erfolgt also in den nächsten 4 Jahren keine Änderung an den Dinklager Grundschulen.

zu 16 **Anfragen und Anregungen**

a) Mitglied A. Windhaus fragt an ob seitens der Stadt Dinklage eine Rückantwort an Herrn Hoymann versandt wurde.

Herr Hoymann habe neue Strecken für das Radwegeleitsystem erstellt und fragt nun an, ob diese im Radwegeleitsystem des Landkreises berücksichtigt worden seien.

Bürgermeister Bittner führt aus, dass Frau Hinxlage ein entsprechendes Antwortschreiben erstellt habe. Die Strecken von Herrn Hoymann wurden nicht in das vom Landkreis erstellt Radwegeleitsystem aufgenommen.

b) Auf Anfrage von Mitglied T. Blömer führt Bürgermeister Bittner aus, dass der Antrag auf Einrichtung eines „Nachtbusses / Partybusses“ derzeit bearbeitet werde. Die Voraussetzungen für das Projekt werden in der nächsten Sitzung des JFS vorgestellt.

c) Mitglied Bausen fragt an, ob bei der Verrohrung / Verrieselung am Wiesenweg eine Überprüfung durch die Stadt erfolgt.

Amtsleiter Busch führt aus, dass die Zuständigkeit beim OOWV liege und eine Überprüfung von dort aus erfolge.

Robert Blömer
Vorsitzender

Tina Schwarz
Protokollführung

Frank Bittner
Bürgermeister